

Kriege in Afrika zu oft „vergessen“

Deutsche Friedensforschende beklagen selektive Aufmerksamkeit und kritisieren EU-Politik / Von Pitt von Bebenburg

Frieden ist für viele Menschen eine ferne Hoffnung. Weltweit gibt es so viele bewaffnete Konflikte wie nie seit dem Zweiten Weltkrieg. Besonders betroffen sind die Menschen auf dem afrikanischen Kontinent – doch sie erhalten kaum internationale Aufmerksamkeit und nachhaltige Vermittlungsbemühungen. Von „vergessenen Kriegen“ ist daher im Friedensgutachten der vier wichtigsten deutschen Friedensforschungsinstitute die Rede, das am Montag in Berlin vorgestellt wurde.

Die Hälfte aller Kriege mit staatlicher Beteiligung, von denen zuletzt 59 gezählt wurden, spielte sich in Subsahara-Afrika ab, etwa in Burkina Faso, Nigeria und Somalia.

Zugleich tobe im Sudan der – nach der Ukraine und Israel/Palästina – „drittgrößte Gewaltkonflikt weltweit“. Seit Beginn der Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee und den „Rapid Support Forces“ (RSF) vor zwei Jahren seien mindestens 125.000 Menschen ums Leben gekommen, konstatieren die Fachleute, „häufig durch direkte Gewalt, aber ebenso durch Hunger oder die Zerstörung des Gesundheitssystems“.

Um diesen Konflikt kümmerten sich die wohlhabenden Länder jedoch wenig, unter anderem weil „Staaten im globalen Norden Länder wie den Sudan als geopolitisch weniger relevant einstufen“. Der Krieg dort werde wesentlich durch illegalen internationalen Waffen- und Rohstoffhandel sowie Geldströme zur Finanzierung beider Seiten aufrechterhalten. Deshalb müsse sich Deutschland in der Europäischen Union dafür starkmachen, den Verbleib von Militärgütern enger zu kontrollieren, die etwa an die Vereinigten Arabischen Emirate gingen, um sie „wo möglich direkt zu stoppen“.

„Überwindung der Nato“ als Ziel

Insgesamt konstatieren die Forschungsinstitute eine düstere Weltlage. Die USA unter Donald Trump fielen mit ihrem „neo-imperialistischen Weltverständnis“ als „globaler Stabilitätsanker“ aus, heißt es in dem Gutachten.

„Die transatlantische Partnerschaft, wie wir sie kannten, ist am Ende“, konstatierte Christopher Daase vom Frankfurter Friedensforschungsinstitut PRIF. Umso wichtiger sei es, dass Europa „ohne die USA, vielleicht sogar gegen sie“, verteidigungsfähig werde. Das sei derzeit nicht der Fall, so dass die Nato noch benötigt werde. Faktisch aber müsse angesichts der Entwicklung in Washington an der „Überwindung der Nato“ gearbeitet werden.

Europa müsse zusammenrücken und seine „Fähigkeitslücken“ schließen. Die Beschaffung von Rüstungsgütern müsse „europäisiert“, Verteidigungsstrategien „aktualisiert“ werden. Mit Blick auf den Krieg im Nahen Osten konstatieren die Institute, Is-

rael habe „in eklatanter Weise“ das humanitäre Völkerrecht verletzt und die Grenzen der legitimen Selbstverteidigung überschritten. Die entsprechenden Urteile internationaler Gerichte müssten von Deutschland anerkannt werden. „Im Rahmen einer regelbasierten internationalen Ordnung muss auch für Deutschland gelten: Völkerrecht geht vor Staatsräson“, heißt es in dem Gutachten.

Das müsse „bis auf weiteres einen Staatsbesuch des israelischen Premierministers Benjamin Netanjahu in Deutschland ausschließen“, weil gegen den Premier ein Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs vorliegt. Ende Februar soll der damalige Kanzlerkandidat Friedrich Merz (CDU) Netanjahu trotzdem die Einladung zu einem Staatsbesuch zugesagt haben. Mittlerweile äußert sich Merz deutlich kritischer zum israelischen Vorgehen in Gaza.

Harsche Kritik an Flüchtlingspolitik

Sehr kritisch bewerten die Expert:innen die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik. Daase sagte, die von Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) angestrebte Aussetzung der Familienzusammenführung für manche Geflüchteten sei kontraproduktiv, auch aus sicherheitspolitischen Gründen. Es gebe „keine bessere Prävention“ als die Familienzusammenführung.

In dem Gutachten melden die Institute Zweifel daran, dass die auf EU-Ebene beschlossene Geas-Reform die Zahl der Geflüchteten in dem Staatenbund wesentlich reduzieren werde. „Stattdessen werden sich die Bedingungen für Schutzsuchende massiv verschlechtern. Menschliches Leid, Gewalt und schwerwiegende Menschenrechtsverletzungen werden bewusst in Kauf genommen“, mahnen die Autorinnen und Autoren.

Das Gutachten wird jährlich vom Frankfurter Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung, dem Bonn International Center for Conversion, dem Institut für Entwicklung und Frieden der Uni Duisburg-Essen sowie dem Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Uni Hamburg herausgegeben.



Der Konflikt hat besonders viele Opfer. E. HAMID/AFP



Am 29. Mai war der 77. Jahrestag der UN-Friedenstruppen, den auch die Friedenstruppen der Vereinten Nationen im Libanon (UNIFIL) feiern. MAHMOUD ZAYYAT/AFP

FRIEDENSFRAGEN

Welchen Wert hat das UN-Peacekeeping?



„Ohne stabile Nachbarschaft ist auch das eigene Haus kein guter Ort.“

Astrid Irrgang

Gastgeber der ranghöchsten Konferenz zu diesem Thema, dem „UN Peacekeeping Ministerial“ (PKM). Sein Vorläufer war 2014 noch maßgeblich durch die USA ins Leben gerufen worden.

Als Ausrichterland hat Deutschland einen starken Fokus auf die politische Diskussion mit allen relevanten Akteuren gelegt. Und damit sein Bekenntnis zu einer wirksamen, gerechten und inklusiven Friedens- und Sicherheitsarchitektur bekräftigt – inklusive dringenden Reformbedarfes.

Seit Mitte März 2025 existiert der Reformprozess „UN 80 Initiative: UN-Efficiency and Structural Reforms“. Die Initiative, die das 80-jährige Bestehen der UN zum Anlass nimmt, soll die Handlungsfähigkeit der UN in ihren drei Pfeilern mindestens erhalten, bestenfalls ausbauen: Frieden und Sicherheit, nachhaltige Entwicklung und Menschen-

rechte. Deutschland bekennt sich zu Multilateralismus und globalen Partnerschaften nicht aus karitativen Gründen, sondern im eigenen Interesse: Freiheit, Sicherheit und Wohlstand hat Außenminister Johann Wadephul als Kernbegriffe der deutschen Außenpolitik benannt. Je mehr wir in den Frieden investieren, desto weniger müssen wir für einen Krieg ausgeben. Die Investitionen in Aufrüstung sind kein Widerspruch dazu, auch sie sind Teil von Friedenserhalt.

Die UN haben in puncto Handlungsfähigkeit, Finanzierung oder Wirksamkeit in verschiedenen Politikfeldern die gleichen Herausforderungen wie ihre Mitgliedstaaten. Sie sind keine ferne Organisation in einem Hochhaus am East River in New York. Die UN, das sind wir alle gemein-

ZUR SERIE

Menschen brauchen Frieden. Aber es herrscht Krieg in der Ukraine, im Nahen Osten und in anderen Teilen der Welt. Welche Wege können zum Frieden führen?

In der FR-Serie #Friedensfragen suchen Expertinnen und Experten nach Antworten auf viele drängende Fragen. Dabei legen wir Wert auf eine große Bandbreite der Positionen – die nicht immer der Meinung der FR entsprechen.

Alle Artikel finden sich auf www.fr.de/friedensfragen

sam. Es gibt keine vergleichbare Organisation der Welt, in der die Bandbreite von Zukunftsthemen wie künstliche Intelligenz, Klima, Cyber, Tech, Ernährungssicherheit, Gesundheit, Konflikte und Versöhnung unter einem Dach bearbeitet wird.

Allzu oft gehen die Erfolgsgeschichten unter. Etwa die Kinderschutzarbeit der inzwischen beendeten UN-Mission Minusma in Mali. Mit wirksamer Prävention gelingt keine Schlagzeile. Auch deshalb zeigt am 3. Juni das deutsche Engagement in Berlin Gesicht: Dann werden neun deutsche Fachkräfte, darunter drei Entsandte des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF), stellvertretend am „Tag des Peacekeeping“ geehrt. Das Motto der Veranstaltung kombiniert das Versprechen des deutschen Engagements mit einer Reformambition: „Kontinuität im Wandel“.

Der internationale Ordnungsrahmen wird von Menschen gelebt, nicht von Bürokratien. Ohne stabile Nachbarschaft ist auch das eigene Haus kein guter Ort. Für unsere Sicherheit riskiert das Einsatzpersonal leider immer häufiger auch die persönliche Unversehrtheit. Etwa bei der Ausgestaltung des somalischen Justizwesens. Oder der Abwehr hybrider Bedrohungen aus Russland. Oder bei der Aufklärung schwerster Kriegsverbrechen in der Zentralafrikanischen Republik oder der Ukraine.

Astrid Irrgang ist Geschäftsführerin des Zentrums für Internationale Friedenseinsätze (ZIF).